

Pressespiegel

der CDU- Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück

November 2009



Die Pressespiegel der CDU-Fraktion finden Sie auch auf unserer Internetseite unter www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de

Herausgeber:

CDU- Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück / Rathaus

Bierstr. 28, 49074 Osnabrück / Tel.: 0541/ 323-2021 / Fax: 0541/27217 /
kabatzki.j@osnabrueck.de

Ossensamstag

Ausschnitt aus:

N02

vom: 9.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

Jecken sollen Straßenfeger bezahlen

BOK: Ende des Ossensamstags

swa OSNABRÜCK. Der Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval (BOK) soll sich an den Kosten für die Straßenreinigung nach dem Ossensamstag beteiligen. Ein Betrag von 10000 Euro ist inoffiziell im Gespräch. Das wäre das Ende des Ossensamstags, sagen die Verantwortlichen beim BOK. Denn die Jecken haben kein Geld.

Ein Kostenbeitrag der Karnevalisten zur Straßenreinigung tauchte in den vergangenen Jahren immer mal wieder als Sparvorschlag der Stadtverwaltung in den Konsolidierungsgesprächen auf. Bislang ist der Rat diesem Vorschlag nicht gefolgt. Bürgermeister Burkhard Jasper informierte den BOK-Vorsitzenden Rainer Möllers jetzt beim Antrittsbesuch des Stadtprinzen über den neuerlichen Verwaltungsvorschlag. Allerdings machte er auch deutlich, dass der Rat in der Angelegenheit das letzte Wort hat. Am Dienstag, 17. November, steht die Diskussion zu dieser Frage auf der Tagesordnung der öffentlichen Ratssitzung, Beginn 17 Uhr im Ratssitzungssaal im Rathaus.

In einem Brief an Oberbürgermeister Boris Pistorius haben die Karnevalisten die Stadt nun gebeten, möglichst bald eine Entscheidung zu treffen, ob der Ossensamstag am 13. Februar starten darf. Und ob die Jecken an den Straßenreinigungskosten beteiligt werden sollen. Im Namen des BOK-Vorstandes schrieb Rita Wagener: „Wir möchten Sie darüber informieren, dass wir im letzteren

Fall weder bereit noch in der Lage sind, den Ossensamstag 2010 durchzuführen.“ Weder der BOK noch die Mitglieds-gesellschaften seien finanziell in der Lage, sich an den angekündigten Kosten zu beteiligen.

Falls der Ossensamstag deshalb nicht stattfindet, müssten die interessierten Teilnehmer die Gelegenheit erhalten, sich an anderen Umzügen im Umland zu beteiligen. „Da die Vorbereitungen und Investitionen in einigen Gruppen bereits weit fortgeschritten sind, möchten wir der Fairness halber frühzeitig über die Absage in Osnabrück informieren können“, so Rita Wagener. In der Vergangenheit sei die Freigabe des Umzuges immer erst einige Tage vorher erteilt worden. Um die Eilbedürftigkeit zu unterstreichen: „Sie werden Verständnis dafür haben, dass es in der jetzigen Situation nicht möglich ist, die Entscheidung auf 2010 zu verschieben.“

Jasper zeigte beim Antrittsbesuch des neuen Stadtprinzen Fränzi I. Verständnis für das Anliegen. Er dankte dem BOK für den bisherigen ehrenamtlichen Einsatz für den Osnabrücker Straßenkarneval. Man dürfe die Augen vor den Missständen am Rande des Umzuges nicht verschließen. Müllberge und Alkoholmissbrauch gelte es zu bekämpfen. Und zusammen mit dem BOK und anderen Verbänden sei man auf dem richtigen Weg. Aber, so Jasper: „Der Ossensamstag ist nur der Anlass für die negativen Begleiterscheinungen, nicht die Ursache.“

KOMMENTAR

Nicht nur Umsatzbremse

Von Michael Schwager

Wenn die Karnevalisten glauben, dass sie mit der geplanten Reinigungskosten-Beteiligung abgestraft werden sollen, wer kann es ihnen verdenken? Sie wollten sich den Ossensamstag nicht abkaufen lassen, und jetzt kriegen sie die Quittung.

Sollte es so weit kommen, wäre es das Aus für den traditionellen und überregional bekannten Osnabrücker Straßenkarneval. Viele Kaufleute werden schuiterzuckend denken: „Billiger konnten wir

das Umsatzhemmnis nicht loswerden.“

Aber das ist nur ein Aspekt. Man muss kein Karnevalsfan sein, um zu sehen: Ossensamstag gehört wie der VfL zum gesellschaftlichen Kitt der Stadt. „Jeder Jeck ist anders“, sagen die Kölner und meinen: Beim Karneval kommen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Berufe und Gehaltsgruppen zusammen. Solche Veranstaltungen werden seltener. Man darf sie nicht leichtfertig wegwerfen.

m.schwager@neue-oz.de

Ausschnitt aus:

1002

vom: 12.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3

Gute Laune trotz der Unsicherheit über die Zukunft des Ossenstags (von links): die Adjutanten Lutz und Annelie Haak, der künftige Adjutant Klaus Heller, Stadtprinzessin Martina I. Höhler, BOK-Präsident Rainer Möllers, Stadtprinz Hilbert I. Höhler, Adjutant Vera Heller und der künftige Stadtprinz Fränzi I. Wagener.

Foto: Klaus Lindemann

Narrenschiff in schwerer See

Karnevalisten starten mit einigen Sorgen in die neue Session

ack OSNABRÜCK. Im Streit um die Zukunft des Ossenstags setzen die Karnevalisten auf Deeskalation: Beim traditionellen Pumpernickel-Frühstück, mit dem gestern die närrische Session eröffnet wurde, verzichteten die Redner auf scharfe Töne. Am deutlichsten wurde noch Bürgermeister Burkhard Jasper.

Eigentlich war im Parkhotel alles wie immer an einem 11. 11. um 11.11 Uhr: Mit Stimmungsmusik und „Osnahelau“-Rufen begrüßten die im Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval (BOK) organisierten Narren die fünfte Jahreszeit und ließen sich Bier und Brotzeit schmecken. Dann stellten sich das scheidende Stadtprinzenpaar

Martina I. und Hilbert I. (Höhler) gemeinsam mit BOK-Chef Rainer Möllers und dem künftigen Prinzen Fränzi I. (Wagener) zum obligatorischen Gruppenfoto auf. Nichts deutete zunächst darauf hin, dass soeben eine Session eröffnet wurde, von der noch nicht klar ist, ob sie von einem Umzug durch die Innenstadt gekrönt sein wird.

Ende vergangener Woche hatten die BOK-Verantwortlichen noch sehr drastisch vom drohenden „Ende des Ossenstags“ gesprochen, falls der Verband künftig tatsächlich von der Stadt für die Reinigungskosten zur Kasse gebeten würde. So mancher Karnevalist sieht in diesem Sparvorschlag der Verwal-

tung, über den am kommenden Dienstag im Rat beraten werden soll, eine handfeste Erpressung: Die Narren sollen dazu bewegt werden, ihren Festumzug doch noch auf den Karnevalssonntag zu verlegen, wie es sich unter anderem die Kaufmannschaft gewünscht hatte.

Doch gestern war von einem möglichen Aus für den traditionsreichen Umzug allenfalls zwischen den Zeilen die Rede. „Jeder weiß, es droht Gefahr: für Karstadt, Karmann, Karneval“, reimte der scheidende Prinzenpaar-Adjutant Lutz Haak in einer pointierten Büttenrede, die aber auf konkrete Schuldzuweisungen verzichtete und in der Forderung mündete, alle Beteiligten noch einmal an

einen Tisch zu holen: Die kritischsten Sätze des Tages kamen von Bürgermeister Burkhard Jasper, der für seinen Beitrag mit langem Applaus belohnt wurde: „Ich habe manchmal den Eindruck, dass nicht jedes Ratsmitglied weiß, wie stark sich viele Karnevalsvereine ehrenamtlich engagieren“, beklagte der CDU-Politiker und erinnerte daran, dass das Stadtmarketing jahrelang mit dem Straßenkarneval geworben habe. „Ich hoffe, dass wir uns im Rat wenigstens über das Ziel einig sind: den Osnabrücker Karneval zu erhalten und zu stärken.“

Ein os1.tv-Video

vom Karnevalsauftakt im Internet: www.neue-oz.de

Ausschnitt aus: WOZvom: 13. 11. 09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

Ossensamstag: Kostenfrage nicht neu

OSNABRÜCK. Müssen sich die Narren künftig mit rund 10 000 Euro an den Kosten für die Straßenreinigung nach dem Ossensamstag beteiligen oder nicht? Diese Frage wird derzeit heiß diskutiert und soll auch Thema der Ratssitzung am Dienstag, 17. November, sein. Doch ganz so neu ist die Debatte nicht, wie jetzt auch Bürgermeister Boris Pistorius in einem Brief an den Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval (BOK) bemerkte, der auch der Redaktion vorliegt.

In dem Schreiben teilt Pistorius mit, dass „der Rat der Stadt Osnabrück bereits im Haushaltssicherungskonzept 2008 einen Prüfungsauftrag an die Verwaltung formuliert hatte mit dem Ziel, die Kostenbelastungen der Stadt von derzeit rund 78 000 Euro schrittweise zu senken“.

Ob der Rat sich für oder gegen eine Kostenbeteiligung in Höhe von 10 000 Euro entscheide, möchte der Bürgermeister umgehend nach der Ratsentscheidung dem BOK mitteilen, da er großes Verständnis dafür habe, dass die Karnevalisten „ein Höchstmaß an Planungssicherheit benötigen“.

Ausschnitt aus: 002

vom: 17.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB

„Trockener“ Humor kein Verlust

Zum Artikel „Jecken sollen Straßenfeger bezahlen – BOK: Ende des Ossensamstags“ (Ausgabe vom 7. November).

„Weshalb soll der Steuer- und Gebührenzahler aufkommen für Müllbeseitigung und Polizeieinsatz? Diese Frage stellt sich sowohl beim Ossensamstag als auch bei den Fußballspielen in Deutschland.“

Es kann nicht sein, dass Osnabrück am Ossensamstag den Eindruck seelischer und geistiger Verwahrlosung bietet durch einen alkoholisierten Flaschengeist. Osnabrück bietet an diesem Tag ein Bild von Vermüllung [...].

Deutschland und Osnabrück fühlen sich doch einer deutschen Kulturnation angehörig, sodass man annehmen dürfte, dass jeder dort teilnehmende ‚Narr‘ sich des-

sen befließigt, was in der Vergangenheit für Deutschland ein Markenzeichen gewesen ist: Sauberkeit und Ordnungssinn!

Diese zwei genannten deutschen Prinzipien sind am Ossensamstag verloren gegangen beim BOK und den Mitbeteiligten am Straßenrand. Wenn hier ein BOK keine Verantwortung übernehmen will und möchte, dann fällt der Ossensamstag eben aus!

Als in Berlin wegen ähnlichen Kostenfragen eine ‚Love-Parade‘ für immer ausfiel, gab es danach auch keine Revolution. Und von Osnabrücks Berufsnarren wird dann auch nichts zu erwarten sein außer trockener Humor! Wäre das ein Verlust?“

Ralf Wünsche
Tannenburgerstraße 7
Osnabrück

Lange Gesichter bei den Karnevalisten

Ratsmehrheit: BOK muss 10 000 Euro für Ossensamstag zahlen – Spendenkonto eingerichtet

swa OSNABRÜCK. Mit 10 000 Euro sind sie dabei. Der Rat beschloss gestern nach lebhafter Debatte, dem Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval (BOK) diesen Betrag für die Folgekosten des Ossensamstags in Rechnung zu stellen. Die BOK-Narren hatten das noch vor Kurzem als das Ende des Umzuges bezeichnet. Gestern Abend gingen sie dann aber in die Offensive.

„Wir werfen die Flinte nicht so schnell ins Korn“, sagte Fränzi I. Wagener, der aktuelle Stadtprinz, nach dem Beschluss vor dem Ratsitzungssaal. Denn bereits gestern Nachmittag hatten die BOK-Verantwortlichen vorsorglich ein Spendenkonto eingerichtet, um die erwartete Kostenbeteiligung doch noch tragen zu können. Jetzt hoffen sie auf rasche Überweisungen, damit sie der Stadt beim Antrag für den Umzug am 13. Februar auch schon mitteilen können, dass sie die geforderte Summe aufbringen können.

Wulf-Siegmar Mierke (UWG) hatte in seinem Debattebeitrag schon vor der Abstimmung angekündigt, die ersten 100 Euro zu spenden: „Auch wenn Sie das jetzt populistisch nennen.“

Ulrich Hus, Vorsitzender



Der Missmut der Narren wird bald dem Jetzt-erst-recht-Gefühl. Nach dem Ratsbeschluss, dem BOK 10 000 Euro für den Ossensamstag abzunehmen, verkündete Prinz Fränzi I., dass jetzt Spenden für den Umzug gesammelt werden. Foto: Lindemann

der SPD-Ratsfraktion, einer Art Büttendrede, als kosten des Umzuges, rund 75 000 bis 80 000 Euro, als „Schleimerei!“.

Sein SPD-Kollege Nils Peters hatte die all-Sachkostenzuschuss sehen. gegen die Kostenbeteiligung der Stadt als Begründung für die 65 000 Euro reduziert, etwas, was viele andere Zuschussfraktionen ablehnten. Man müsse die Folgeempfänger der Stadt auch

den Ossensamstag als „überregionales Attraktivum“ bezeichnen, das bis auf wenige Ausnahmen auch von den Medien positiv dargestellt worden und eine „tolle Marketingaktion“ sei. Der CDU-Politiker verglich den Ossensamstag mit der jüngsten Aufstiegsfeier des VfL Osnabrück. Da habe die Stadt auch die Reinigung auf dem Markt getragen. Und das sei auch angemessen, wenn die Osnabrücker mal etwas gemeinsam zu feiern hätten.

Burkhard Jasper (CDU) und Oliver Hasskamp (FDP) hoben das ehrenamtliche Engagement der Narren hervor. Maria-Theresa Sliwka (FDP) kritisierte hingegen den Umrat, den die BOKler zwar nicht zu verantworten hätten, mit dem Ossensamstag aber auslösten. Oberbürgermeister Boris Pistorius hatte zu Beginn betont: „Ich bin der Letzte, der dem Karneval etwas Böses will.“ Der BOK könne gerne mit ihm noch einmal über den Termin verhandeln. Der OB an den Rat gewandt: „Aber bitte beauftragen Sie mich nicht, noch einmal ein Konzept für den Umzug zu erarbeiten.“

Spendenkonto: Sparkasse Osnabrück (BLZ 265 50105) Konto-Nr. 1551023789, Stichwort: „Ossensamstag“

Ausschnitt aus: Westfälische Nachrichten

vom: 19.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB 32

Die Narren gehen in die Offensive

BOK soll 10 000 Euro für Ossensamstag zahlen / Spendenkonto



Der Missmut der Narren wich bald dem Jetzt-erst-recht-Gefühl. Jetzt sollen Spenden für den Umzug gesammelt werden.
Foto: Klaus Lindemann

-swa- Osnabrück. Mit 10 000 Euro sind sie dabei. Der Rat beschloss am Dienstagabend nach lebhafter Debatte, dem Bürgerausschuss Osnabrücker Karneval (BOK) diesen Betrag für die Folgekosten des Ossensamstags in Rechnung zu stellen. Die BOK-Narren hatten das noch vor Kurzem als das Ende des Umzuges bezeichnet. Nun gehen sie in die Offensive.

„Wir werfen die Flinte nicht so schnell ins Korn“, sagte Fränzi I. Wagener, der aktuelle Stadtprinz nach dem Beschluss. Denn bereits am Dienstagnachmittag hatten die BOK-Verantwortlichen vorsorglich ein Spendenkonto eingerichtet, um die erwartete Kostenbeteiligung doch noch tragen zu können.

Jetzt hoffen sie auf rasche Überweisungen, damit sie der Stadt beim Antrag für den Umzug am 13. Februar auch schon mitteilen können, dass sie die geforderte Summe auf-

bringen können.

Ulrich Hus, Vorsitzender der der SPD-Ratsfraktion, bezeichnete die Beiträge derer, die gegen die Kostenbeteiligung der Karnevalisten argumentierten – Christopher Cheeseman (Linke) zum Beispiel in einer Art Büttensprache als „Schleimerei“. Sein SPD-Kollege Nils Peters hatte die

**„Ich bin der Letzte,
der dem Karneval
etwas Böses will“**

Boris Pistorius

Finanzlage der Stadt als Begründung für die Kostenbeteiligung angeführt. Man müsse die Folgekosten des Umzuges rund 75 000 bis 80 000 Euro als Sachkostenzuschuss sehen. Der werde nun lediglich auf 65 000 Euro reduziert.

„Am Sonntag muss aber nicht bezahlt werden“, diesen Zwischenruf konnte sich Fritz

Brickwedde, CDU-Ratsfraktionschef, da nicht verkneifen. Brickwedde hatte den Ossensamstag als „überregionales Attraktivum“ bezeichnet und als „tolle Marketingaktion“.

Der CDU-Politiker verglich den Ossensamstag mit der jüngsten Aufstiegsfeier des VfL Osnabrück. Da habe die Stadt auch die Reinigung auf dem Markt getragen. Und das sei auch angemessen, wenn die Osnabrücker mal etwas gemeinsam zu feiern hätten.

Oberbürgermeister Boris Pistorius hatte zu Beginn betont: „Ich bin der Letzte, der dem Karneval etwas Böses will.“ Der BOK könne gerne mit ihm noch einmal über den Termin verhandeln. Der OB an den Rat gewandt: „Aber bitte beauftragen Sie mich nicht, noch einmal ein Konzept für den Umzug zu erarbeiten.“

! Spendenkonto: Sparkasse Osnabrück (BLZ 265 501 05) Konto-Nr. 1 551 023 789, Stichwort: „Ossensamstag“

Ausschnitt

Ossensamstag: Hilfe aus Herford

Karnevalsumzug kann laufen: BOK-Chef Möllers gewinnt mit Hit-Radio Antenne Brauerei als Sponsor

swa OSNABRÜCK. Die Herforder-Brauerei lässt 10 000 Euro für den Ossensamstag springen. Das teilte Hit-Radio Antenne gestern Nachmittag mit. Der Sender hatte die Sponsoring-Aktion zusammen mit Rainer Möllers, Präsident des Bürgerausschusses Osnabrücker Karneval (BOK), vermittelt. Dieser atmete auf: „Jetzt kann der Zug laufen. Darüber freue ich mich wirklich.“

Der Rat hatte am Dienstag beschlossen, den BOK mit

Entwicklung des Ossensamtages, soll im kommenden Jahr neu über den Beitrag diskutiert werden. Grünen-Fraktionschef Michael Hagedorn betonte in seiner Antragsbeurteilung, dass es darauf ankomme, mit einem verbesserten Konzept Alkoholmissbrauch und Vermüllung der City wirksam einzudämmen. Hier seien besonders die BOK-Karnevalisten gefordert.

Recht spontan hatte Fräntz I. Wagener, der am Samstag in der Osnabrückhalle zum

Stadtprinzen proklamiert werden soll, nach dem Ratsbeschluss zu einer Spendenaktion aufgerufen. Auf dem Sammelkonto sind bis gestern Nachmittag nach Angaben des BOK-Vorstandes immerhin auch schon 240 Euro eingegangen. Rainer Möllers freut sich auch über diesen Betrag, denn wie es 2011 mit Sponsoring und Stadtfordern weitergehen wird, weiß er auch noch nicht. Intern muss sich Prinz Fräntz I. aber auch schon Kritik für seine Rettungsaktion gefallen

lassen. Peter Klemann vom Liederkranz Haste bemängelt die Aktion als „Alleingang“, die bei Nichtkarnevalisten schlecht ankomme.

In unserem Internetforum haben sich Befürworter einer Kostenbeteiligung auch schon kräftig Gehör verschafft. Dirk Wallenhorst meint: „Absolut korrekte Entscheidung. In Zeiten knapper Kassen ist nicht einzusehen, dass die Müllbeseitigung nicht vom Verursacher bezahlt werden muss.“ Eckhard Wippermann dagegen findet:

„Als Nicht-Osnabrücker kann ich mich nur an den Kopf fassen. Wegen 10 000 Euro wird ein soziales Event aufs Spiel gesetzt, das Massen in die Stadt holt. Wer zahlt eigentlich beim VfL die Dreckbeseitigung und den Polizeieinsatz alle 14 Tage? Wird das dann auch leichtfertig aufs Spiel gesetzt? Provinzstadt OS, kann man da nur sagen. Sie ist und bleibt es bei diesem Rat.“

Ihre Meinung zum Thema:
www.neue-oz.de
Film: os1.tv

102

vom: 19.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB

Ausschnitt aus:

Westfälische Nachrichten

vom: 20.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB 0977

„Ossensamstag“ ist gerettet

Osnabrück (lni). Der Karnevalsumzug 2010 in Osnabrück am Samstag vor Rosenmontag ist gesichert. Sponsoren übernehmen die vom Rat beschlossene Kostenbeteiligung der Karnevalisten in Höhe von 10 000 Euro. „Wir können den Umzug durchführen, mir ist ein Stein vom Herzen gefallen“, freute sich der Präsident des Bürgerausschusses des Osnabrücker Karnevals, Rainer Möllers, am Donnerstag. Nach dem Ratsbeschluss

vom Dienstag hatte Möllers vom drohenden Aus für den Umzug am „Ossensamstag“ gesprochen. Eine Brauerei und ein Radiosender übernehmen nach seinen Angaben jetzt die geforderte Summe. In diesem Jahr betragen die Kosten unter anderem für Polizeieinsatz, Umleitungen, mobile Toiletten und DRK-Kräfte nach Angaben Möllers rund 80 000 Euro. Bislang wurde dieses Geld allein von der Stadt Osnabrück aufgebracht.

Ausschnitt aus:

Wesföle die Medien

vom: 20.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB OHT

Jecken bekommen Hilfe aus Herford

Brauerei sponsert Karneval mit 10 000 Euro

-swa- Osnabrück. Die Herforder-Brauerei lässt 10 000 Euro für den Ossensamstag springen. Das teilte Hit-Radio Antenne mit. Der Sender hatte die Sponsoring-Aktion zusammen mit Rainer Möllers, Präsident des Bürgerausschusses Osnabrücker Karneval (BOK), vermittelt. Dieser atmete auf: „Jetzt kann der Zug laufen. Darüber freue ich mich wirklich.“

Die Stadtverwaltung hatte für den Umzug 2010 den 10 000-Euro-Beitrag an den Gesamtkosten von rund 80 000 Euro vorgeschlagen. Der Stadtrat hatte dem am Dienstagabend zugestimmt.

Abhängig von der Finanzlage der Stadt und der weiteren Entwicklung des Ossensamtages, soll im kommenden Jahr neu über den Beitrag diskutiert werden.

Ausschnitt aus:

Osnabrücker Sonntagszeitung

vom: 22.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB

Niederlage für den Karneval

Vorschlag der Grünen angenommen.

Osnabrück. Der vergangene Dienstag war für die Mitglieder des BOK kein Glückstag. Auf der Ratssitzung wurde die Frage nach einer Kostenbeteiligung des BOK e.V. am Ossen-samstag 2010 heftig diskutiert. Der Karneval verursache riesige Allgemeinkosten, hieß es da auf der einen Seite. Von Missständen war die Rede; von Dreck und übermäßigem Alkoholkonsum.

Andererseits war man sich uneins, in wie weit diese dem Karneval anzulasten wären. Dass man mehr zur Beseitigung der Missstände tun müsse, da war man sich aber einig, allerdings wurden auch ganz andere Stimmen laut: Der Karneval sei überregional attraktiv und das trage wesentlich zur Förderung des Ansehens der Stadt bei. Der BOK hätte im Vorfeld abgelehnt, sich an den

Kosten zu beteiligen. Er hätte sogar den Ossen-samstag in Frage gestellt.

Nach einem dramatischen verbalen Schlagabtausch der Ratsmitglieder wurde dann doch für den Änderungsvorschlag der Grünen gestimmt.

Demnach muss der BOK e.V. nun doch 10 000 Euro beisteuern. Auf die Frage, wie der Verein die gewünschte Summe aufreiben wolle, antwortete Stadtprinz Fränzi Wagener zögerlich: „Wir werden Spenden sammeln“.

T.R.



Die Mitglieder des BOK e.V. erwarten das Ergebnis der Abstimmung mit Spannung.
Foto: Reichardt

„Abfall“

Ausschnitt aus:

2102

vom: 20.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

Großcontainer: Müllentsorger wechselt

OSNABRÜCK. Ab sofort werden im Stadtgebiet Osnabrück an den bisherigen Standorten von 1100-Liter-Müllgroßbehältern die neuen Behälter der Osnabrücker Abfallwirtschaftsgesellschaft (OAG) aufgestellt. Zeitnah werden die Behälter des bisherigen Entsorgers Alba abgezogen. Die Aktion wird in etwa zwei Wochen abgeschlossen sein.

Die grauen Behälter mit einem gelben Klappdeckel tragen Aufkleber mit den notwendigen Sortier- und Einfüllhinweisen. An den neuen Behältern sind Strichcode-Aufkleber angebracht, die Behälter- und Standortdaten tragen. Die OAG sammelt ab 1. Januar für vier Jahre die Verkaufsverpackungen in gelben Säcken und aus den Müllgroßbehältern ein.

Um einen reibungslosen Übergang des Entsorgerwechsels zu gewährleisten, haben sich die beiden Unternehmen zu diesem Verfahren entschlossen. Aufstellung und Abzug der Behälter erledigen verschiedene Teams, sodass für ein oder zwei Tage Behälter beider Unternehmen vor Ort stehen können. Um dem bisherigen Entsorger einen frühzeitigen Abzug seiner Behälter zu ermöglichen und den Nutzern eine Zeit ohne Behälter zu ersparen, dürfen die OAG-Behälter bereits in diesem Jahr nach Abzug der Alba-Behälter genutzt werden. Für die Masse der Haushalte in der Stadt Osnabrück ändert sich nichts. Sie müssen ihren Verpackungsmüll weiter in gelben Säcken sammeln.

Ausschnitt aus: NOZ

Deutlich höher als der Mindestlohn

Die neue Mannschaft zum Abholen der gelben Tonnen steht

al OSNABRÜCK. Rund fünf Wochen vor dem Start haben die neuen Verpackungsmüll-Entsorger im Landkreis und in der Stadt Osnabrück ihre personellen Planungen weitgehend abgeschlossen – Fahrer, Lader und Einsatzleiter stehen zum 1. Januar 2010 bereit.

Zur Erinnerung: Bis zum 31. Dezember 2009 wird noch das Unternehmen Alba die gelben Säcke und Tonnen ab-

holen. Ab dem neuen Jahr kommen dann die Unternehmen zum Zuge, die bei der neuen Ausschreibung der DSD (Duales System Deutschland GmbH) die Nase vorne hatten: Im Landkreis Osnabrück für zunächst drei Jahre die Recyclinggesellschaft Osnabrücker Land (Regos) – ein Zusammenschluss aus der Awigo (Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH) und der privaten Entsorgungsfirma

Holtmeyer Städtereinigung aus Georgsmarienhütte; in der Stadt Osnabrück für zunächst vier Jahre die Osnabrücker Abfallwirtschaftsgesellschaft (OAG), an der die Firmen Meyer Entsorgung und wiederum Holtmeyer Städtereinigung beteiligt sind.

Vertreter der Regos und der OAG hatten schon vor Wochen angekündigt, zum 1. Januar 2010 durchaus auch bisherige Alba-Mitarbeiter

einzustellen. Und so sei das Personal nun auch zusammengestellt worden, teilen Ralf Tuminski und Christian Niehaves für die Regos mit. Unter den 23 Leuten (Fahrer, Lader und Einsatzleiter), für die sich das Unternehmen „nach ausgiebigen Bewerbungsgesprächen“ entschieden habe, seien auch Beschäftigte, die jetzt noch für Alba unterwegs seien. Aber nicht nur: Unter den Regos-Beschäftigten ab 1. Januar

befänden sich auch Kräfte, die bislang arbeitslos oder bei Zeitarbeitsunternehmen tätig gewesen seien.

„Wir wollen Mitarbeiter, die zufrieden sind“, stellen Tuminski und Niehaves fest. Deswegen würden auch alle „deutlich höher bezahlt“, als es derzeit der Mindestlohn (8,02 Euro pro Stunde) für die Branche vorschreibe. Eine ähnliche Philosophie vertritt auch die OAG, sagt Sprecher Peter Müller. Zum 1.

Januar 2010 habe man sieben Beschäftigte eingestellt, „fast nur ehemalige Alba-Leute“.

Übrigens: Im Landkreis (nicht in der Stadt Osnabrück) werden in diesen Wochen von Alba die bisherigen gelben Tonnen abgeholt, Regos liefert entsprechend neue Gefäße aus. Diese Tauschaktion soll bis Mitte Dezember abgeschlossen sein. Weitere Rückfragen und Infos dazu: Telefon 054-01/365555.

vom: 25.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Dez. 1, 2, 3
 FB

Ausschnitt aus: NOZvom: 25.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Dez. 1, 2, 3 FB

Verfluchte gelbe Säcke

Eigentlich erfreut sich Till eines tiefen und unerschütterlichen Schlafs. Auch der Sturm der letzten Nächte kann daran in der Regel nichts ändern. Was ihn jetzt aus Morpheus' Armen riss, war denn auch nicht der Sturm an sich, sondern vielmehr der mit Götöse durch die Straße kullernde Inhalt der gelben Säcke, die am nächsten Morgen



abgeholt werden sollten. Natürlich hielt das dünne Plastikmaterial den Winden nicht stand und ließ Joghurtbechern und Zazikitöpfen freien Lauf. Vorbei war es mit den Träumen von sonnigen Palmenstränden. Und wie das so ist, steigerte sich Till dann auch noch richtig in die Thematik gelber Sack hinein. Jeder einzelne Wutanfall, den die schwächlichen gelben Beutelchen beim Zubinden schon verursacht haben, wenn einmal mehr das Material einriss, kam ihm in Erinnerung. Warum zum Beispiel passen die Dinger nie in den Mülleimer in der Küche, warum sind sie mal größer, mal kleiner, warum gibt Alba nur so wenige Säcke aus, wenn man immer zwei braucht, um den Müll im Zaum zu halten? Fragen, die eine quälende Nacht befürchten ließen. Doch da kam die Hoffnung zurück: Alba ist weg, vielleicht wird es ja jetzt besser. Und ganz vielleicht gibt es ja auch eine gelbe Tonne wie im Landkreis. Dann kann es stürmen, wie es will. Bismorgen

Ausschnitt aus:

1102

vom: 26.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB.

Abfallzentrum bleibt auf dem Piesberg

Zu teuer: Finanzchef Baier stoppt Neubaupläne

OSNABRÜCK. Die Stadt wird vorerst kein neues Müll-Zentrum bauen. Finanzchef Horst Baier hat die Pläne gestoppt.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb habe die Planungen für den Neubau eines Abfallwirtschaftszentrums an der Brückenstraße überprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass ein kompletter Neubau mit erheblichen Mehrkosten verbunden wäre, teilte Baier mit.

„Nach Übernahme der Verantwortung für den Bereich Abfallwirtschaft habe ich alle Kalkulationen und Planungen nochmals auf den Prüfstand gestellt“, berichtet der Finanzvorstand. „Dabei hat sich herausgestellt, dass die bisherige Kalkulation nicht alle Kosten vollständig abgebildet hat.“ Insbesondere die Planungs- und Grundstückskosten sind nach seinen Angaben nicht ausreichend kalkuliert worden. „Es hat sich auch erst kürzlich herausgestellt, dass aus Sicherheitsgründen eine oberirdische Stromleitung verlegt werden müsste“, sagte Baier.

Der Finanzchef ließ die rechtlichen Möglichkeiten zum Verbleib des Abfallwirtschaftszentrums auf dem Piesberg nochmals prüfen. Das Ergebnis: Prinzipiell ist ein Abfallwirtschaftszentrum auch dauerhaft auf dem Piesberg möglich. Dazu sei eine Änderung des Bebauungsplanes und das Einvernehmen mit dem Gewerbeaufsichtsamt notwendig, so Baier. Mit dem Gewerbeaufsichtsamt sind nach seinen Worten erste Gespräche geführt worden. Der Bebauungsplan müsste durch den Rat angepasst werden.



Das Abfallwirtschaftszentrum soll auf dem Piesberg bleiben. Das schlägt die Verwaltung vor. Foto: Gert Westdörp

„Sollte es gelingen, die rechtlichen Hürden zu überwinden, kann dem Gebührenzahler eine Gebührenerhöhung von etwa drei Prozent erspart werden. Zusätzlich muss kein neues wertvolles Grundstück versiegelt werden.“

In einer Untersuchung wurden auch mögliche Nutzungskonflikte mit den geplanten größeren Windkraftanlagen auf dem Piesberg und den weiteren Plänen für einen Landschaftspark untersucht. Ein Verbleib des Abfallwirtschaftszentrums bedeutete keine Einschränkung für den in Bau befindlichen Südstieg auf die Felsrippe und würde auch die geplante Feldbahn nicht behindern, sagt Baier. Auch mit den Windrädern würde es keine Probleme geben.

„Nach meiner Einschätzung dürften auch die Vermarktungschancen für die

Gewerbegrundstücke an der Brückenstraße deutlich steigen, wenn dort kein Abfallwirtschaftszentrum errichtet wird“, so der Finanzchef weiter. Die Kleinanlieferungen von Abfall durch die Bürger hätten in den Spitzenzeiten den anderen Verkehr behindert. „Gewerbebetriebe würden sich auch ungern direkt neben einem Abfallwirtschaftszentrum ansiedeln“, so Baier.

Die Stadtverwaltung will der Politik vorschlagen, das Abfallwirtschaftszentrum am Piesberg zu modernisieren. Dies umfasst im Wesentlichen den Bau einer Umschlaghalle und eines neuen Kleinanlieferbereiches. „Die Bürger sollen nach Abschluss der Investitionen einen attraktiven Kleinanlieferbereich erhalten, der die Abfallanlieferung wesentlich komfortabler machen wird“, so Baiers Vorstellung.

Ab 2010 soll Sperrmüllabfuhr 29 Euro kosten

Über eine Million Euro zu wenig für die Müllabfuhr: Auch Grünabfall bald kostenpflichtig

SWA OSNABRÜCK. Sperrmüll kostet vom kommenden Jahr 29 Euro pro Fuhr, Grünabfallist von der ersten Schubkarre an kostenpflichtig, das Netz der Sammelplätze wird durch fünf Recyclinghöfe und ein Holzsystem ersetzt. Das sind drei Vorschläge von Stadtkämmerer Dr. Horst Baler.

Mit seinem Konzept, das in der kommenden Woche den zuständigen Ratsgremien präsentiert wird, will er rund eine Million Euro ausgleichen, die der Müllabfuhr fehlen. Durch Kostensteigerungen und Mindereinnahmen beim Verkauf von Altmetall und vor allem Altpapier entsteht dieser Mehrbedarf an Geld.

Baier sieht überdies Quersubventionen durch die Restmüllgebühr. Beim Biomüll entstehen bislang Mehrkosten von 1,2 Millionen Euro, beim Sperrmüll sind es fast 1,3 Millionen Euro, und bei den Grünabfallplätzen 1,5 Millionen Euro: Diese Beiträge sind nicht durch die speziellen Gebühren abgedeckt, sondern werden durch Mehreinnahmen bei der grauen Restmülltonne bezahlt. Es sei ungerecht, findet Finanzvorstand Baier, wenn der Mieter in der Innenstadt dafür bezahlen muss, dass der Hausbesitzer am Stadtrand seine Gartenabfälle re-



Mit Schmackes gehen die Verantwortlichen derzeit an die Müllgebühren heran: Sperrmüll und Grünabfälle können die Osnabrücker voraussichtlich bald nicht mehr kostenlos entsorgen. Foto: Elvira Parton

lativ günstig entsorgen kann. Die verhältnismäßig teure Restmüllentsorgung führe überdies dazu, dass gewerbliche Müllproduzenten ihren Abfall durch private Entsorgungsunternehmen günstiger abfahren lassen. Dadurch sollen unter anderem die Sperrmüllabfuhr 29 Euro

pro Fuhr ohne Mengenbegrenzung kosten. Durch Absprachen könnten sich daher Nachbarn die Kosten teilen. Vergleichbare Städte wie Oldenburg und Bielefeld nähmen seit Jahren Geld für den Sperrmüll, berichtet Baier. Die Grünabfallplätze wer-

den geschlossen. An fünf statt bisher drei gleichmäßig im Stadtgebiet verteilten Recyclinghöfen und am Abfallwirtschaftszentrum Piesberg werden, so der Vorschlag, weiterhin Grünabfälle angenommen. Neben den bestehenden Recyclinghöfen Lim-

berger, St-Florian- und Gluckstraße sollen neue Höfe entstehen an der Ellerstraße und am Hasewinkel. Allerdings ist auch hier dann schon die erste Schubkarre mit einem Euro dabei. Der Kubikmeter soll mit zehn Euro berechnet werden.

Ergänzt wird die Entsorgung durch ein Holzsystem. Die Bürger können für drei Euro Grünabfallsäcke kaufen, die im Zweiwochentakt vor der Haustür abgeholt werden. Holziges Material - Zweige, Äste oder Strauchschnitt - bleibt kostenfrei. Prinzip hier: Krautig-mattschiger Gartenabfall, der energetisch noch nicht verwertbar ist, kostet, Brennbares geht so weg. Wer den Drei-Euro-Grünzeugsack selbst zum Recyclinghof karrt, kriegt einen Euro zurück.

Die Verwaltungsvorschläge sind schon als Vorlage für den Werksausschuss Abfallwirtschaft zu lesen unter www.osnabrueck.de. Ob es so kommt, entscheidet der Rat. Im Landkreis bleibt die Grünabfallentsorgung zunächst kostenfrei. Sollte durch neue Regelungen in der Stadt ein Kompostmüll-Tourismus in den Landkreis beginnen, werde man pragmatische Lösungen finden, so Landkreissprecher Burkhard Riepenhoff auf Anfrage unserer Zeitung.

Allgemeines

Ausschnitt aus:

Noz

vom: 24.10.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

Der Teufel im Detail

Fraktionen beraten Masterplan Mobilität

swa OSNABRÜCK. Im Grunde scheinen alle einig: Die im Masterplan Mobilität unter anderem vorgeschlagene Stärkung des Fahrradverkehrs ist gut. Dass bei der Umsetzung dieses Leitbildes unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderprallen dürfen, zeichnete sich in der vergangenen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses ab. Ein Beispiel: Darf eine Autospur bei einer zweispurigen Einfallstraße zugunsten des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs aufgegeben werden? Bei dieser Frage blitzten im Ausschuss bereits unterschiedliche Grundsatzpositionen auf.

Der Ausschuss nutzte nach der Vorstellung des Konzep-

tes durch den Gutachter jedoch die Gelegenheit, Nachfragen zu stellen. Im Übrigen verwiesen die Mitglieder den „Masterplan Mobilität“ zur Beratung in die Ratsfraktionen.

Das Fahrrad ist der größte Hoffnungsträger. Im Vergleich zu anderen Städten sei der Anteil des Radverkehrs „nicht zufriedenstellend“, fasst das Büro SHP-Ingenieure zusammen. Und das, obwohl Osnabrück schon einiges getan habe, um die Situation für Radler zu verbessern. Die Gutachter sprechen sich für Investitionen von drei Euro pro Einwohner und Jahr als Mindestansatz aus, wenn im Radverkehr spürbar etwas bewegt werden soll.

Ausschnitt aus:

2107

vom: 29.10.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

Stadt investiert 28 Millionen in die Schulen

Willkommene Konjunkturspritze

fhv. OSNABRÜCK. Über 28 Millionen Euro investiert die Stadt Osnabrück derzeit in ihre Schulgebäude. Ein Großteil stammt aus Konjunkturförderprogrammen des Bundes und soll auf regionaler Ebene die Folgen der großen Finanzkrise abfedern.

Gleich 18 Projekte listete der Architekt Wilfried Klein, städtischer Fachdienstleiter für die Hochbauten, in seiner Übersicht für den Schulausschuss auf: Die Spannweite reicht vom kompletten Neubau der Herman-Nohl-Schule (6,9 Millionen) bis zu einzelnen Fachräumen für die Naturwissenschaften an den Gymnasien.

Den Löwenanteil machen naturgemäß die Großprojekte aus: Allein 4,79 Millionen Euro wurden bereits in den Altbau des Berufsschulzentrums an der Natruper Straße investiert, weitere zwei Millionen sind aus dem Konjunkturprogramm II für den seinerseits auch schon in die Jahre gekommenen Neubau bewilligt. Damit könne voraussichtlich aber nicht einmal die komplette Außenhülle des gut 30 Jahre alten Gebäudes saniert werden, deutete Klein an: „Wahrscheinlich werden wir die Stirnseiten zurückstellen müssen.“

Ebenfalls im Bau sind derzeit die Sporthalle an der Backhausschule (1,83 Millionen), ein Trakt der Berufs-

schule Schölerberg (Sanierung 1,7 Millionen), die Fachklassen der Gesamtschule Schinkel (1,045 Millionen) und ein Hort für die Rosenplatzschule (700 000 Euro).

Aus dem Konjunkturprogramm II soll außerdem noch die Komplettsanierung der Grundschulen in Haste für etwa 2,6 Millionen, in Voxtrup (1,02 Millionen) und in der Wüste (943 000) realisiert werden.

Neue Fachräume für die Naturwissenschaften bekommen unter anderem das Carolinum, das Gymnasium „In der Wüste“, das Abendgymnasium, die Berufsschulen am Schölerberg und das Schulzentrum Eversburg. Insgesamt bedeutet das weitere 1,2 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt.

Neue Mensa

Und schließlich führen die Anforderungen der Ganztagschule zu Investitionen beim Mensa-Bau. Im Schulzentrum Eversburg entsteht derzeit eine neue Mensa mit 200 Plätzen, die schon Ende des Jahres fertig sein soll. Die Kosten sind mit 1,34 Millionen Euro veranschlagt. Am Sonnenhügel muss die erst vor sechs Jahren gebaute Mensa vergrößert werden von 100 Sitzplätzen auf künftig 220. Und auch an der Heiligenwegschule wird die vorhandene Mensa um 100 Plätze erweitert.

Ausschnitt aus: Osn. Sonntagszeitungvom: 1.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

CDU begrüßt Spielplatzkonzept der Stadt

Björn Meyer: „Ausgewogener und an den Bedürfnissen des Stadtteils ausgerichteter Vorschlag!“

Osnabrück. Als einen wirklich ausgewogenen Vorschlag bezeichnet die CDU Schölerberg/Fledder den Vorschlag der Osnabrücker Stadtverwaltung zum neuen Spielplatzkonzept für die durch sie vertretenen Stadtteile. Nach den Worten des Vorsitzenden und CDU-Ratsherrn, Björn Meyer sowie den stellv. Vorsitzenden Corinna Stübbe und Wolfgang Maaß seien die Bedürfnisse der Familien mit Kindern, der Bürger des Stadtteils insgesamt sowie die städtischen Interessen hervorragend miteinander in Einklang gebracht worden.

So bleibe der Bolzplatz am Langenkamp sowie der stark frequentierte und attraktiv gestaltete Spielplatz zwischen Jellinghausstraße und Bozener Straße uneingeschränkt bestehen. Dagegen werde der sogenannte Abenteuerspielplatz zwischen Meller Straße und Bözener Straße aufgegeben, der auch nie wirklich über eine längere Zeit gut frequentiert wurde.

Als ausgesprochen positiv wertete Björn Meyer, dass sich

die Verwaltung mit diesem Konzept sehr deutlich in die Richtung artikuliere, den Penny-Markt an der Meller Straße erweitern zu lassen und die dazu notwendige Fläche hinter dem Markt zur Verfügung zu stellen, d.h. der dortige Spielplatz könne aufgegeben werden. Im Gegenzug solle der

Spielplatz der Overbergschule aufgewertet und dauerhaft gesichert werden, ebenso wie der Spielplatz zwischen Lodtmann- und Broxtermannstraße, so dass man von einer guten Versorgung für die Kinder und Familien sprechen könne.

Veränderungen erführen zudem die Plätze zwischen Hol-

lenberg- und Möllmannstraße und an der Josefstraße, die aufgegeben und einer Alternativnutzung in Form entweder einer Grünanlage bzw. einer Bebauung zugeführt würden. Die Spielplätze an der Westerkampstraße sowie am Ertmanplatz sollten attraktiver gestaltet werden.

Die Flächen im Schölerberg würden schließlich im Zusammenhang mit der Zukunft des Bereiches der ehemaligen Käthe-Kollwitz-Schule behandelt, sodass hier kurzfristig noch keine Veränderung anstünde. Alle anderen Plätze blieben unverändert.

„Insgesamt kann man von einer guten Entscheidung für die Bevölkerung insgesamt – hier vor allem beispielhaft am Penny-Markt für die Nahversorgung festzumachen – und für die Kinder und Familien mit einem ausgewogenen und angemessenen Platz zum Spielen und Toben sprechen“, so Björn Meyer, Corinna Stübbe und Wolfgang Maaß zusammenfassend. (PA)



Der Spielplatz zwischen Jellinghausstraße und Bozener Straße bleibt uneingeschränkt bestehen. Foto: Schäfer

Ausschnitt aus:

U02

vom:

9.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB

„Es darf schon etwas dunkler sein“

Stadtentwicklungsausschuss befürwortet „Masterplan Straßenbeleuchtung“

Von Michael Schwager

OSNABRÜCK. Weniger Licht in Osnabrück, das ist eine Forderung der Ratspolitiker. Ein Vergleich hat gezeigt, dass in Osnabrück rund 30 Prozent mehr Helligkeit durch die Straßenbeleuchtung produziert wird als in ähnlichen Städten. Mit dem „Masterplan öffentliche Straßenbeleuchtung“ will der Rat die Straßenlaternen systematisch und in vertretbarem Maße abdimmern.

Der Plan soll unter anderem den Helligkeitsgrad auf den Osnabrücker Straßen festlegen, Regeln für die Ausdünnung des Laternenwaldes in untergeordneten Straßen enthalten, Ersatzinvestitionen für veraltete Lampen und den Testbetrieb der neuen LED-Technik festlegen.

Den Grund für dieses Vorgehen erläuterte Anette Meyer zu Strohen, die Vorsitzende des Stadtplanungsausschusses, im

Gespräch mit unserer Zeitung: „Es darf schon etwas dunkler sein auf unseren Straßen.“ Durch Reduzierung der Laternenlichte, Vereinheitlichung der Lampenmodelle und durch schrittweise Umrüstung auf den technisch neuesten Stand werde die Verkehrssicherheit nicht negativ beeinflusst. Andererseits ließen sich dadurch aber viel Strom und Geld sparen. Überdies werde die Umwelt entlastet: Es entstehe weniger Kohlen-

dioxid, und auch die Lichtabstrahlung in den Himmel werde reduziert.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner jüngsten Sitzung dem Masterplan öffentliche Straßenbeleuchtung zugestimmt. Der Plan wurde von den Stadtwerken erarbeitet, um die Straßen im Auftrag der Stadt ins rechte Licht zu rücken. Fragen hatten die Politiker dennoch: Bis 2015 müssen die gelb leuchtenden Hochdruck-Quecksilberdampflampen, die in

Osnabrück vor allem an den großen Einfallstraßen stehen, aufgrund einer EU-Richtlinie ausgetauscht werden. Diese Aufgabe müssen die Stadtwerke ab sofort zügig erledigen. Ob durch beschleunigte Auswechslung der anderen Lampen auch in den kleineren Straßen noch mehr gespart werden könne, wollten die Sprecher aller Fraktionen wissen. Die Stadtwerke versprachen, ihre Wirtschaftlichkeitsberechnungen jetzt nachzuliefern.

Ausschni

Themenspielplatz am Rubbenbruchsee

Bürgerforum Atter tagte – Gute Nachricht zur DSL-Versorgung

OSNABRÜCK. Über Spiel-, private und Konversionsflächen sowie weiße Flecken wurde am Mittwochabend im Bürgerforum Atter diskutiert.

Nur 20 Atteraner waren in die Atterkirche gekommen. Möglicherweise, so mutmaßte einige Anwesende, sei die Fußballübertragung des DFB-Pokalspiels schuld an der geringen Beteiligung. Einer der Bürger hatte die Beseitigung des Zauns der ehemaligen britischen Kaserne in Atter auf die Tagesordnung setzen lassen. Fi-

nanzvorstand Dr. Horst Baier, der Oberbürgermeister Boris Pistorius vertrat, erläuterte, dass die Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) gehörten. Die Zäune seien deswegen noch nicht abgebaut worden, um möglichem Vandalismus vorzubeugen. Die Nachnutzung der ehemaligen Flächen der Kaserne sei noch nicht klar, so Baier. „Noch sind Überlegungen im Gange“, sagte er. Der Schwerpunkt liege dabei auf einem Wissenschaftspark. Schon seit einiger Zeit wird in Atter über einen Rad-

weg diskutiert, der die Ortsteile Atter und Atterfeld verbindet. Im Gespräch war eine Düte-Brücke. Diese Fläche gehöre jedoch Privatpersonen, die nicht bereit seien, sie zu verkaufen, berichtete die Moderatorin des Bürgerforums, Bürgermeisterin Karin Jabs-Kiesler. Da eine öffentliche Nutzung von den Besitzern abgelehnt worden sei, seien die Planungen eingestellt worden.

Die Diskussion über den Radweg war schon vor einigen Jahren im ehemaligen Ortsrat Atter angestoßen worden, damit Kinder sicher

mit dem Rad zur Schule fahren könnten. Die Bürger in Atter würden sich aber auch gern frei in der Natur bewegen können, hieß es aus dem Forum. Die Naherholungsgebiete lägen direkt vor der Nase, die Wege dorthin seien aber weit. In der Diskussion sind nun alternative Strecken für einen Radweg.

Das neue Spielplatzkonzept des Jugendhilfeausschusses bringt auch Veränderungen für Atter. Die Spielplätze am Sonnenkamp und an Holzkämpers Weg werden geschlossen. „Atter ist im Bereich Spielplätze im Gegen-

satz zur Innenstadt überversorgt“, sagte Horst Baier. Die Flächen der beiden Spielplätze sollen an private Käufer veräußert werden. Bevor diese aber neu bebaut werden, wird die Öffentlichkeit informiert und beteiligt. In Planung ist ein neuer großer Themenspielplatz am Rubbenbruchsee, teilte Horst Baier mit. Das Geld, das durch die Reduzierung und den Verkauf der alten Spielflächen gespart und eingenommen wird, fließt in die Verbesserung neuer Spielplätze. Spielplatz und Arbeitsplatz gleichermaßen ist für

1102 vom: 9.11.09
Ausschnitt erhält:
 OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB

Bürgerforum: Viel Verstimmung über Verkehr

Parkchaos vor dem Ärztehaus

iza OSNABRÜCK. Die Verkehrssituation in den Stadtteilen Kalkhügel und Wüste war bestimmendes Thema beim Bürgerforum im Gymnasium „In der Wüste“. Genannt wurden dabei besonders Park- und Schreiberstraße sowie der Burenkamp.

Der Burenkamp ist als Parallelstraße zur Sutthausener Straße seit Jahren für den Durchgangsverkehr gesperrt. So lange wie es diese Sperrung gibt, so lange wird sie auch von eiligen Zeitgenossen missachtet. „Immer wieder gelingt es Mofa-, Roller- und Motorradfahrern durchzuschlüpfen“, lautete die Beschwerde eines Anwohners. Doch auch manche Autofahrer lassen sich vom Schrankenhindernis nicht aufhalten und können durchaus rabiat werden, was eine Aussage von Alexander Bardenberg vom Fachbereich Verkehrsplanung andeutete: „Wir haben dort ein neues Schloss installiert, das weder mit einem Bolzenschneider noch einer Trennflex geknackt werden kann.“

Sperrung nicht beachtet

Gleichzeitig erklärte er aber, dass die Sperre weiterhin einen schmalen Durchgang für Radfahrer behalten werde. Die Stelle müsse auch in Zukunft für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen passierbar bleiben. Wie schon in der Vergangenheit soll die Polizeistation in Sutthausen mit einer Motorradstreife kontrollieren. Seinen Ärger über den nicht genehmigten Verkehr tat auch ein Hofbesitzer kund, der sich über Fahrer beschwerte, die einen „Schleichweg“ über seinen Hof benutzen. „Da sind Fahrzeuge vom Bauhof und welche von der Müllabfuhr dabei. Ich bitte darum, dass eine Regelung geschaffen wird, die Fremde von meinem Privatbesitz fernhält“, sagte er.

Als problematisch wurde auch die Situation an der Parkstraße in Höhe Schnatgang angesehen, wo der Schutzstreifen für Radfahrer

endet. Zweiräder würden dort von Pkw-Fahrern leicht abgedrängt. Sitzungsleiter Bürgermeister Bukhard Jasper regte an, den mit einer gestrichelten Linie gekennzeichneten Radweg bis zum Fußgängerüberweg durchzuziehen.

Unzufriedenheit herrscht bei Verkehrsteilnehmern über den Verkehrsraum vor dem Ärztehaus an der Parkstraße. Weil die Schranke vor der Parkgarage zu nah an der Straße errichtet worden ist, kommt es dort immer wieder zu Rückstaus, die durch einbiegende Fahrzeuge verursacht werden. Nachfolgende Auto- und auch Zweiradfahrer müssen dort im Bogen um diese Hindernisse ausweichen. Es wurde vorgeschlagen, die Schranke näher an die Einfahrt der Parkgarage zu versetzen.

Kostenfreies Kurzparken

Zusätzlich würde die Beschwerde geführt, seit Kurzem gebe es in der Parkgarage nicht mehr die Möglichkeit des kostenfreien Kurzparkens. Wer einen gehbehinderten Kranken absetzen will, müsse nun einen Euro Gebühr entrichten. Da komme beim Bringen wie beim Abholen schnell eine Summe zusammen, die mancher nicht zu zahlen bereit oder in der Lage sei. „Dann wird kurzerhand am Straßenrand angehalten, und alle anderen Verkehrsteilnehmer müssen stoppen oder auf die Gegenfahrbahn“, stellte es ein Bürger dar. Stadtbaurat Wolfgang Griesert regte daraufhin an, mit dem Betreiber der Garage wegen des Kurzparkens ein Gespräch zu führen.

Bemängelt wurden auch die Zustände an der Schreiberstraße im Bereich Heinrich-Lübke-Platz. Geschäftskunden würden dort ebenso wie Anlieferer die Gehwege zaparken. Auch würden auf dem Parkplatz des Einzelhändlers wie auch auf dem Platz des benachbarten Autohändlers immer wieder Menschen in aller Öffentlichkeit ihre Notdurft verrichten, be-

102 vom: 12.11.07

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB

Aussch

Düstere Aussicht für 2012: Stadt überzieht ihr Konto um 249 Millionen Euro

Finanzchef wagt beim Unternehmensforum einen Ausblick – Pistorius: Nicht in Panik verfallen

OSNABRÜCK. Mit dem Thema Geld kennen sie sich aus, die etwa 100 Unternehmer, die zum Unternehmensforum in das Rathaus gekommen waren. Doch als der städtische Finanzchef Horst Baier ihnen die finanziellen Perspektiven der Stadt darlegte, schauten viele ungläubig auf die Zahlen: Mit 249 Millionen Euro wird die Stadt 2012 ihr Girokonto überziehen müssen, wenn sich an der Entwicklung nichts ändert.

Oberbürgermeister Boris Pistorius und die Vorsitzende des Vereins für Wirtschaftsförderung, Gabriele Simon, führten mit dem Unternehmensforum Politik und Wirtschaft zusammen. Die Ziele: Vertrauensbildung und Mei-

nungsaustausch. Die Finanzierung des kommunalen Haushalts und die Auswirkungen für die regionale Wirtschaft. In den nächsten Jahren erwartet er jeweils tiefrote Zahlen. Für 2012 sagt er ein Gesamtdefizit von 249 Millionen Euro voraus. In diesem Jahr seien die Einnahmen aus der Gewerbesteuer „dramatisch abgestürzt“. Die „Spitzenzahler“ fehlten der Stadt, sagte Baier. Dazu zählt der Finanzchef nur die Sparkasse und die Stadtwerke. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer stehe nicht zur Debatte. Auch die Grundsteuer werde nur moderat angehoben. Pistorius warnte, angesichts der Zahlen in Panik zu verfallen und etwa das Theater oder andere Kultureinrichtungen zu

„Die Spitzenzahler fehlen der Stadt“

Dr. Horst Baier, Finanzvorstand

wird, sieht ein Defizit von 50 Millionen Euro vor. Das Minus entstehe allein durch Steuerausfälle, betonte Pistorius. „Durch die Steuerpolitik der neuen Bundesregierung kommen weitere Belastungen auf uns zu.“

Finanzvorstand Horst Baier sprach über die Konso-

schließen. „Sonst wäre unsere Stadt nicht mehr lebenswert“, sagte der OB.

Zu Anfang des Forums hatte der Leiter des Fachbereichs Städtebau, Franz Schürings, über etwaige Factory Outlets im Einzugsgebiet der Stadt Osnabrück referiert. Er stellte die Ansiedlungen in Ochtrup und Gronau vor und sagte, sie hätten negative Umsatzeffekte für Lingen und Bad Bentheim. Factory Outlets sind nach Angaben von OB Pistorius im Osnabrücker Umfeld nicht geplant.

Drittes Thema: die ehemaligen britischen Kasernen. Thomas Rolf, Projektleiter Konversion, stellte die Pläne für die Winkelhausen-Kaserne an der Netter Heide

und die Militärflächen auf dem Westerberg vor. Die Winkelhausen-Kaserne soll zu einem Dienstleistungszentrum werden. Daneben entsteht ein Logistik-Bereich

„Sonst wäre unsere Stadt nicht mehr lebenswert“

Boris Pistorius, Oberbürgermeister

für kombinierten Ladeverkehr Straße-Schiene. An der Sedanstraße wird neben der Fachhochschule ein Wissenschaftspark entwickelt. Das Gelände sei bereits vom Land gekauft worden, so Rolf.

Letztes Thema: das Konjunkturprogramm. Der Stadt stehen etwa 16 Millionen

Euro zur Verfügung. Das meiste Geld (7,6 Millionen Euro) fließt in die Bildungsinfrastruktur. Der größte Teil davon wird 2010 verbaut. Ein Teilnehmer des Forums kritisierte, dass zu wenig Aufträge an Osnabrücker Handwerker vergeben würden. Boris Pistorius erwiderte, etwa 80 Prozent der Aufträge blieben in Osnabrück.

Das nächste Unternehmensforum findet am 10. März 2010 statt. Dann steht das Thema „Privatisierung des Eigenbetriebs Grünflächen und Friedhöfe sowie der Klinikum Osnabrück GmbH“ auf der Tagesordnung. Gabriele Simon wünscht sich für das zweite Forum „mehr Diskussionen und Anregungen aus dem Plenum“.

vom:

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

202,
16.11.09

Ausschnitt aus:

102

vom:

17.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
- Ratsfraktionen
- Vs. 1, 2, 3
- FB

KOMPAKT

Pistorius: Privatisierung nicht geplant

OSNABRÜCK. Oberbürgermeister Boris Pistorius hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass die Stadt nicht plane, das Klinikum und den neuen Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe zu privatisieren. Beim Unternehmensforum, über das die Neue OZ gestern berichtete, sei dieser Eindruck entstanden. In der Runde war die Rede davon, über das Thema während des nächsten Treffens im März zu diskutieren. Dazu Pistorius: „Es gibt keine entsprechenden Pläne. Politik und Verwaltung sind sich völlig einig darin, dass weder der genannte Eigenbetrieb noch das Klinikum privatisiert, das heißt: verkauft werden sollen.“ Der OB wies darauf hin, dass das Unternehmensforum eine offene Veranstaltung sei. Es könne in dieser Runde über alles gesprochen werden.

Ausschnitt aus:

NOZ

vom: 18. 11. 09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB**KOMMENTAR****Die Prügelknaben**

Von Wilfried Hinrichs

Fast 250 Millionen Euro minus auf dem Girokonto. In drei Jahren schon! Bei solchen Aussichten mag mancher Kommunalpolitiker die Lust an der Arbeit im Rat verlieren. Denn was könnten sie auch ausrichten? Wirtschaftskrise und Karmann-Insolvenz haben die Gewerbesteuer einbrechen lassen. Die Bundesregierung senkt Steuern und belastet damit die Kommunen zusätzlich. Und bei den steigenden Sozialausgaben schaut der Bund einfach weg. Das frustriert. Kein Wunder, dass Finanzchef Baier allenthalben eine

„geistig-moralische Erschöpfung“ ausmacht.

Vor diesem Hintergrund muss der Rat die Kraft sammeln zur Bewältigung der schwersten Aufgabe in dieser Wahlperiode. Er wird Kulturträgern, Vereinen und vielen Einrichtungen ans Geld gehen müssen. Das erfordert Rückgrat. Die Politiker werden gescholten und geprügelt werden. Der Zorn der Betroffenen ist ihnen gewiss.

Aber diese sollten die Politiker nicht zu Sündenböcken stempeln, sondern sich selbst fragen, welchen Beitrag sie leisten können.

w.hinrichs@neue-oz.de

Die Spar-Fantasie ist verbraucht**Baier: Geistig-moralische Erschöpfung in vielen Städten**

hin **OSNABRÜCK.** Es geht nicht mehr viel: In vielen Verwaltungen mache sich beim Sparen eine „geistig-moralische Erschöpfung“ breit, sagte Finanzvorstand Dr. Horst Baier gestern Abend bei der Einbringung des Haushalts.

Das war keine Ausrede für das Fehlen des Sparprogramms, das die Verwaltung in den kommenden Wochen weiter ausfeilen und dann den Fachausschüssen als Paket zur Beratung vorlegen will. Es war das Eingeständnis, dass die Verwaltung nach Einsparungen von 25,9 Millionen Euro in den letzten vier Jahren kaum noch Sparpotenzial sieht, ohne bewährte Strukturen zu zerstören.

Nach den bisherigen Vorschlägen, auf die der Finanzvorstand nicht näher einging, ergibt sich ein Sparvolumen in 2010 von rund fünf Millionen Euro. Zehn Millionen sollen es nach Vorgabe des Verwaltungsvorstandes aber werden.

Der Kulturbereich werde nach der neuen Leitlinie zur Kulturförderung genau analysieren müssen, welche Angebote das Kulturprofil der Stadt stärken, sagte Baier. Es werde Gebührenerhöhungen geben. Die städtischen Tochtergesellschaften müssen höhere Ausschüttungen an die Konzernmutter leisten. Der Verkauf einer Tochtergesellschaft sei aber nicht geplant. Die Gewerbesteuer ist in die-

sem Jahr um gut 40 Millionen auf 64 Millionen abgestürzt. Im kommenden Jahr rechnet Baier mit einer leichten Erholung auf 72 Millionen Euro. Dass die beiden besten Gewerbesteuerzahler ausgerechnet kommunale Unternehmen sind, nämlich die Stadtwerke und die Sparkasse, wertete er als schlechtes Zeichen.

Baier nannte den Etatentwurf den „Haushalt der Wahrheit“. Die Zahlen offenbarten „die andauernde Unmöglichkeit“, dass sich Kommunen aus eigener Kraft aus dieser Misere befreien. Sie zeigten auch, dass die Politik dazu neige, Probleme durch Verschieben in die Zukunft scheinbar zu lösen.

Ausschnitt aus:

002

vom: 18.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3

Das größte Minus aller Zeiten

Pistorius: Nur bei der Bildung wird nicht gekürzt

hin OSNABRÜCK. Die Stadt blickt in den finanziellen Abgrund: Wenn sich nichts ändert, wird Osnabrück in drei Jahren das Girokonto um fast 250 Millionen Euro überzogen haben. Oberbürgermeister Boris Pistorius will den Sturz auf diesen historischen Tiefpunkt verhindern – und richtet einen dringenden Appell an Bund und Länder, die Finanzausstattung der Kommunen grundlegend zu ändern.

Pistorius und Finanzvorstand Dr. Horst Baier legten gestern Abend dem Stadtrat den Haushaltsplan für 2010 vor. Es ist nur ein Vorschlag. Die Entscheidung trifft der Stadtrat. Doch der kann mit den Beratungen erst beginnen, wenn die Sparvorschläge der Verwaltung auf dem Tisch liegen, was noch mindestens zwei Wochen dauern wird. Eines ist schon jetzt klar: Gespart wird überall, nur nicht an der Bildung. Diese Richtung gab gestern Abend der Oberbürgermeister in seiner halbstündigen Brandrede zum Haushalt vor.

Allein 2010 fehlen der Stadt 56 Millionen Euro, um die laufenden Ausgaben für Löhne, Heizung oder Strom zu bezahlen. Das Geld pumpt sich die Stadt von den Banken, indem sie einfach ihr Girokonto überzieht. Das macht sie seit vielen Jahren. Aktuell liegt das Minus bei 100 Millionen Euro, in drei Jahren könnten es 249 Millionen sein. Davon zu unterscheiden sind die Schulden für Investitionen von etwa 77 Millionen Euro. Neue Investitionen sind nur mit neuen Schulden möglich.

„Sparen mit Augenmaß ist unser Ziel“, sagte Pistorius. Die Stadt werde nicht wie mit dem Rasenmäher über alle Ausgaben gehen und Struktu-

ren unwiederbringlich zerstören. Wer jetzt „den dicksten Rotstift kreisen lässt, den die Stadt je gesehen hat“, zerstöre wichtige Infrastruktur und die Zukunft der Stadt. Nein, es werde die Effizienz der Ausgaben genau geprüft. Und im Bildungsbereich werde es keine Kürzungen geben. Pistorius appellierte an die Ratskollegen, den Sparkurs mitzugehen: „Das wird nicht leicht, denn gegen jede Kürzung wird es Proteste und gute Argumente geben.“ „Jeder Euro, den wir heute sparen, schafft uns Spielräume für morgen“, sagte Pistorius. Gelingen es, in den nächsten drei Jahren jeweils acht bis zehn Millionen einzusparen, zahle die Stadt mindestens 300 000 Euro pro Jahr weniger Zinsen.

Die Bürger müssen sich auf höhere Abgaben einstellen. Pistorius nannte als Beispiel die Kita-Gebühren: Für das zweite Kind soll nach Vorstellungen der Verwaltung wieder ein Beitrag fällig sein. Angesichts der hohen Investitionen von 16 Millionen Euro in den Ausbau der Kitas sei es naheliegend, die Eltern zu beteiligen. Sozial Schwache seien ohnehin beitragsfrei gestellt.

Das „Sparen mit Augenmaß“ soll den Haushalt 2010 um zehn Millionen Euro entlasten. Selbst wenn das gelingt, bleibt ein Minus von 46 Millionen Euro. Die von der neuen Bundesregierung geplanten Steuerentlastungen, die zu einem Drittel die Kommunen belasten, sind dabei nicht eingerechnet. Die Städte und Gemeinden würden zwischen sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben zerrieben, warnte Pistorius. Die Sozialausgaben haben sich nach seinen Angaben bundesweit seit der Wiedervereinigung auf 40 Milliarden Euro verdoppelt.

b.w.

Ausschnitt aus

Helleraner fühlen sich „geräuchert“

Diskussion im Bürgerforum über Geruchsbelästigung durch Kamine

Im OSNABRÜCK. Manchem Helleraner stinkt es: Beim Bürgerforum beschwerten sich Teilnehmer über die massive Geruchsbelästigung durch Kamine. Dem will die Stadt mehr Aufklärungsarbeit entgegenzusetzen.

Bei geöffnetem Fenster fühle man sich im eigenen Haus „geräuchert“, hatte eine

Bürgerin die Stadt wegen der Geruchsbelästigung angesprochen. Sie monierte, dass die Betreiber von Alkanlagen eine lange Übergangsfrist bis 2024 eingeräumt werde, damit die Grenzwerte eingehalten werden.

Allerdings: Die Möglichkeiten der Stadt hier einzugreifen seien gering, verdeutlichten Sitzungsleiter Nils Peters und Städtätin Rita Ma-

ria Rzyski. Die Kamine würden von Schornsteinfegern überprüft, Brennstoffe nur bei begründetem Verdacht von der Unteren Immissionsbehörde kontrolliert. Für die Messung von Immissionen sei wiederum das Land durch das Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim zuständig. Dafür könne die Aufklärungsarbeit verstärkt werden. Die Vorschlagsliste, die gemacht werden

Das Bürgerforum befasste sich zudem mit dem mittlerweile entfernnten Geschwindigkeitsdisplay an der Großen Schulstraße. Wie Rzyski mitteilte, lohnt sich eine Reparatur des defekten Gerätes nicht. Sobald Haushaltsmittel zur Verfügung stünden, sei zu klären, ob ein ähnliches Display oder ein sogenanntes Dialog-Display angeschafft wird, das bei erhöh-

ter Geschwindigkeit das Wort „langsam“ und bei angemessener Geschwindigkeit das Wort „danke“ anzeigt.

Die Städtätin teilte zudem mit, dass in der Straße Am Haunhorst erst im kommenden Frühjahr die Fahrbahnmarkierung „Zone 30“ erneuert werden könne. Entsprechende Arbeiten in den Wintermonaten seien problematisch.

102

vom: 23.11.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Vs. 1, 2, 3 FB

Ausschnitt aus: Osnabrücker Sonntagszeitungvom: 22.11.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Vs. 1, 2, 3
 FB

OSZ exklusiv

„Die Stadt ist im Kern stark und attraktiv“

Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde über mögliche haushaltspolitische Maßnahmen.

Geringere Einnahmen von alleine 36,5 Millionen Steuer- ausfällen und 7,1 Millionen an Zinsen und Zuschüssen für mit der Stadt verbundene Unternehmen reduzieren die vom Rat der Stadt Osnabrück überhaupt noch zu vergebenden Mittel. Wie alle deutschen Kommunen ist auch die Stadt Osnabrück eigentlich pleite. Wie man dabei noch politisch gestalten kann, wollte die OSZ in dieser Woche vom CDU Vorsitzenden Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde wissen.

„Vom Haushalt sind circa 10 bis 12 Prozent freiwillige Leistungen, davon sind aber nur Teile wirklich disponibel. Der Verwaltungsvorstand will bis zu 10 Millionen Euro einsparen. Das zeigt den aktuellen Spielraum auf. Wichtig ist, die Ursachen der Finanzmisere klar beim Namen zu benennen. Es gibt interne und externe Gründe. Zu den internen Gründen gehört, dass die Stadt Osnabrück seit Jahren über ihre Verhältnisse lebt. Ich habe in den letzten drei Haushaltsreden immer wieder kritisiert, dass die Stadt mehr ausgibt als einnimmt. Noch bei den letzten Haushaltsberatungen hat die SPD keinen einzigen Sparvorschlag gemacht, allerdings unsere Spar-

vorschläge akzeptiert. Wenn die rot-grüne Mehrheit nicht das evangelische Schulzentrum Eversburg verhindert hätte, hätte die Landeskirche 1 Millionen Euro zu den Investitionen beigetragen und uns von jährlichen Betriebskosten in Höhe von 1/4 Millionen Euro entlastet. Jetzt muss die Stadt alleine investieren und die laufenden Kosten tragen. (...) Bei den externen Ursachen geht es zum Beispiel um die kommunalen Wohnkosten bei Hartz IV, die von 2007 bis 2010 von 15,7 auf 22,7 Millionen Euro als Belastung der Stadt anwachsen werden. Die Bundesbeteiligung wird im gleichen Zeitraum von 9,3 auf 8,2 Millionen Euro sinken. Wir brauchen dringend eine Absenkung der kommunalen Kosten“, erläutert Fritz Brickwedde die Probleme. Dabei sind die Millionen Euro schwindenden Steuereinnahmen noch gar nicht berücksichtigt.

„Wenn die Stadt Osnabrück jetzt nicht durchgreifend konsolidiert, kann das Innenministerium Nachbesserungen verlangen, beziehungsweise den Haushalt der Stadt nicht genehmigen. Insbesondere kann die Freigabe von Investitionskrediten versagt wer-

den. Bei sehr starker Abweichung vom Vergleichsdurchschnitt ähnlicher Städte kann das Innenministerium schließlich als letzte Maßnahme dem Oberbürgermeister einen Staatskommissar an die Seite stellen. Wir werden alles dafür tun, um eine solche Entwicklung zu vermeiden und das heißt, strukturell sparen und Einnahmen verbessern, durch zusätzliche Einwohner und Förderung der mittelständischen Wirtschaft“, weist Brickwedde mögliche Lösungsansätze auf.

Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde verweist auf das große ehrenamtliche Engagement, dass auch Kommunalpolitiker benötigen. „Die Stadt ist im Kern stark und attraktiv. Wir haben gute infrastrukturelle Voraussetzungen sowohl in verkehrlicher Hinsicht als auch im Hinblick auf Bildung. Unsere Umlandregionen vom Emsland über Süddoldenburg bis zum Münsterland und Ostwestfalen sind wirtschaftlich gesund und vom Mittelstand geprägt. Wir haben einen großen Branchenmix und kreative Menschen. Wir sollten optimistisch bleiben und die Ärmel hochkrempeln“, empfiehlt der CDU-Vorsitzende.

Norbert Fuhs



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung Nummer 25/2009

13. November 2009

CDU setzt auf Ausbau der frühkindlichen Präventionsarbeit

Allen Familien in Osnabrück, die ein Kind bekommen haben, oder zugezogenen Familien mit kleinen Kindern, soll von Sozialarbeitern/-innen der Verwaltung ein Babybegrüßungspaket der Stadt Osnabrück mit Hinweisen zu bestehenden Hilfs- und Beratungsangeboten übergeben werden. Ein Austausch bzw. eine Kooperation mit den Beteiligten des Hebammenprojekts wird dabei angestrebt. Dies beantragt die CDU-Fraktion für die kommende Ratssitzung am Dienstag.

Darüber hinaus sollen Familien, die ihre Kinder bis zum vierten Lebensjahr nicht im Kindergarten angemeldet haben, angeschrieben und ggf. persönlich über den Aufenthalt in Kindergärten und dessen Vorteile informiert werden. Familien, deren Kinder bei der Schuleingangsuntersuchung Auffälligkeiten zeigen, werden ebenfalls besucht und über Unterstützungsangebote informiert und beraten.

Die o. g. Beschlüsse sollen durch eine enge Zusammenarbeit des Fachbereiches Kinder, Jugendliche und Familien und des Gesundheitsdienstes umgesetzt werden. Die Verwaltung soll durch die Verlagerung von Schwerpunkten im präventiven Bereich, ggf. durch Refinanzierungsvorschläge innerhalb der Fachbereiche Jugend und Soziales, die Umsetzung dieses Beschlusses möglichst kostenneutral umsetzen. Vorschläge zur Umsetzung und die genaue Vorgehensweise werden den Fachausschüssen vorgelegt.

„Gesundheitliche Information, Beratung und Begleitung ist ein wesentlicher präventiver Baustein der Kindeswohlsicherung. Deshalb ist ein möglichst früher Zugang zu den Familien wichtig. Familien in schwierigen Lebenslagen sind eher bereit sich zu öffnen und Hilfen anzunehmen, wenn das Jugendamtsimage von der „Eingriffsbehörde“ zur Person „mit Gesicht“ wird, die Hilfen kennt und

bitte wenden

anbietet“, so die stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Eva-Maria Westermann. Hier kann auch die Chance genutzt werden, vertrauensvoll auf andere persönliche Probleme wie Alkohol, Drogen, Armut oder Gewalterfahrung etc. einzugehen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Fritz Brickwedde: „Ziel muss es sein, durch frühzeitige präventive Maßnahmen ansonsten später auftretenden Problemen vorzubeugen und vor allem Inobhutnahmen von Kindern dadurch zu vermeiden, dass jungen Familien rechtzeitig geholfen wird.“



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

an Presse-
verteiler
am 20.11.09
- Fraktion
z.U.

20. November 2009

Pressemitteilung Nummer 26/2009

20/11/09

Weitere Förderung des Stadttheaters in Osnabrück durch das Land Niedersachsen

Die Beschlüsse der Landtagsfraktionen von CDU und FDP zum Haushaltsplan sehen auch für das kommende Jahr wieder einen zusätzlichen Zuschuss für die kommunalen Theater in Niedersachsen in Höhe von 1 Million Euro vor.

„Wir haben uns wie auch im Vorjahr schon für eine zusätzliche Unterstützung des Theaters in Osnabrück als herausragender kommunaler Kultureinrichtung stark gemacht“, so die CDU-Landtagsabgeordnete Anette Meyer zu Strohen. Auch die Einwerbung von Drittmitteln wird durch die zusätzlichen Finanzmittel gefördert, da das Land zu jedem eingeworbenen Euro einen weiteren hinzugibt. Der Osnabrücker CDU-Fraktionsvorsitzende Fritz Brickwedde teilte mit, dass von der zusätzlichen Million Euro 235.000€ an das Stadttheater Osnabrück fließen werden. Er zeigte sich erfreut, dass die Zusagen von Ministerpräsident Christian Wulff und dem CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden David McAllister für 2009 nun auch für den Haushalt 2010 gesichert seien. Dafür habe sich Anette Meyer zu Strohen sehr erfolgreich eingesetzt.



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

an Presse-
verteiler,
am 20.11.09
Ue

Pressemitteilung Nummer 27/2009

20. November 2009

**„Der Retter des Automobilstandortes Osnabrück hat einen Namen:
Christian Wulff.**

Wir danken unserem Ministerpräsidenten und Osnabrücker Landtagsabgeordneten für seinen jahrelangen und unermüdlichen Einsatz zugunsten des Einstiegs von VW zur Rettung des Automobilstandortes Osnabrück." Das erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Fritz Brickwedde.

Entscheidend sei zunächst Wulffs Beitrag gewesen, um die Übernahme von VW durch Porsche zu verhindern und den Einfluss des Landes Niedersachsen bei VW dauerhaft zu sichern. Nur auf dieser Basis sei jetzt der Kauf von Karmann durch VW möglich geworden.

Landtagsabgeordnete Anette Meyer zu Strohen: „Ministerpräsident Christian Wulff hat geräuschlos und wirkungsvoll für die Arbeitsplätze bei Karmann gekämpft. Nun hat sich sein Einsatz ausgezahlt.“

CDU-Kreisvorsitzender Burkhard Jasper geht davon aus, dass es nun auch für die Auszubildenden bei Karmann eine Brückenlösung gebe und es langfristig zu einer Sicherstellung der Ausbildungswerkstatt komme. Das sei immer ein besonderes Anliegen der CDU gewesen.

Nach Auffassung von Dr. Brickwedde sei es für die Karmann-Bereiche wichtig, dass auch in Zukunft nicht nur geforscht und entwickelt, sondern Automobile produziert werden. Es gebe nun die Voraussetzung, dass Karmann als VW-Standort Osnabrück eine starke Zukunft hat. Brickwedde, Jasper und Meyer zu Strohen: „Dank gebührt gerade auch dem Betriebsrat und den Gesellschaftern, die an einer tragfähigen und zukunftssträchtigen Lösung mitgewirkt haben. Die Qualität der bei Karmann Beschäftigten war das entscheidende Argument für das Interesse von VW. Sie haben viel geleistet und viel durchgemacht.“



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung
Nummer 29/2009

24. November 2009

an Presse -
verteilung
am 24.11.09

CDU unterstützt Vorgehen gegen illegale Wettbüros

„Land und Stadt müssen zusammen konsequent gegen illegale Gewerbe wie z.B. Wettbüros vorgehen. Dies dient auch der Sicherung des attraktiven Einzelhandelsstandortes Osnabrück“, erklärte CDU-Ratsmitglied Burkhard Jasper. Die CDU-Fraktion hatte sich bei der Verwaltung nach der Situation illegaler Wettbüros in der Stadt Osnabrück erkundigt. Insbesondere wollte man Klarheit über das Vorgehen sowohl des Landes Niedersachsen wie auch der Stadt Osnabrück gegen derartige Gewerbe erhalten.

Seitens der Stadt Osnabrück wurde bestätigt, dass es bereits im Oktober Kontrollen des Landes Niedersachsen in Osnabrück gegeben habe und auch illegale Wettbüros geschlossen worden sind. Die Stadt geht bei Anmeldungen von Gewerbetreibenden unter dem Stichwort „Vermittlung von Sportwetten“ wie auch „Internetcafes“ möglichen Verstößen gegen das Niedersächsische Glücksspielgesetz nach und gibt diese Informationen an das zuständige Ministerium nach Hannover weiter.

Das Land Niedersachsen hat in diesem Zusammenhang weitere Schwerpunktaktionen und Überprüfungen angekündigt.



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de
www.cdu-osnabrueck.de

an Presse-
verteiler
am 30.11.09

Pressemitteilung Nummer 28/2009

30. November 2009

„Die Sozialarbeiter an den Hauptschulen leisten wertvolle Arbeit“

„Mit Hilfe der Schulsozialarbeiter werden unsere Hauptschüler optimal auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Sie unterstützen die Lehrkräfte darin, die Schüler zur Berufswahlreife zu führen. Hauptschüler erhalten so auf dem Ausbildungsmarkt eine bessere Perspektive“, so die CDU-Landtagsabgeordnete Anette Meyer zu Strohen.

Aus diesem Grund hat die Landesregierung von CDU und FDP unter Christian Wulff seit 2004 diesen Bereich im Rahmen des Hauptschulprofilierungsprogramms mit über 47 Mio. € gestärkt und im laufenden Haushaltsverfahren die Schulsozialarbeit an den Hauptschulen über das Jahr 2010 hinaus verlängert.

Im Dezember wird der Landtag eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2011 einstellen, geplant ist eine Verlängerung bis 2013 um den Zuwendungsempfängern Planungssicherheit zu ermöglichen.

Derzeit wird im Kultusministerium eine neue Zuwendungsrichtlinie zum 1. Januar 2011 erarbeitet, die den veränderten Bildungsauftrag der Hauptschule berücksichtigt.

Für Osnabrück bedeutet das: für die nächsten zwei Jahre stehen für die Hauptschulen in Eversburg und der Innenstadt, die Felix-Nussbaum-Schule und die Hauptschulzweige an der Käthe-Kollwitz-Schule und der Gesamtschule Schinkel pro Jahr 26.000 € an Fördermitteln für jede Schule zur Verfügung. „Die Sozialarbeiter an den Hauptschulen leisten wertvolle Arbeit und unterstützen die Lehrerinnen und Lehrer bei ihren wichtigen Aufgaben“, so die schulpolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion in Osnabrück, Irene Thiel.



Ausgezeichnet: Auf dem Parteitag der CDU Osnabrück wurden selbstverständlich auch die Jubilare geehrt und mit Urkunden versehen. Foto: Joachim Dierks

Fehlentwicklungen kritisiert

Parteitag der Stadt-CDU peilt für 2011 die Mehrheit im Rathaus an

OSNABRÜCK. Der alte CDU-Vorsitzende ist der neue: Burkhard Jasper wurde mit einer Zustimmung von 97,5 Prozent im Amt bestätigt. Seine drei Stellvertreter Anette Meyer zu Stroben, Mathias Middelberg und Josef Thöle kamen auf 94,1, 92,4 und 77,3 Prozent. Carsten Vollmer bleibt mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 88,2 Prozent Schatzmeister. In seinem Rechenschaftsbericht kritisierte Jasper, dass eine rot-grüne Mehrheit im Rat und Teile der Verwaltung Vorstöße der CDU zur Bewältigung der Finanzkrise nicht ernst genommen hätten.

„Es musste erst noch schlimmer kommen, bis wir uns jetzt schließlich mit unseren Anträgen durchsetzen konnten“, so Jasper. Konkret sprach er die „Notbremse“ an, nach der ausgabewirksame Beschlüsse aller Ressorts zunächst den Finanzausschuss passieren müssen. Noch vor Kurzem habe Oberbürgermeister Pistorius die

CDU verhöhnt, weil sie anscheinend den Finanzausschuss höher als den Rat der Stadt einstufen wolle.

„Wir leben über unsere Verhältnisse, und so mancher Scheuklappen-Politiker, der nur sein Fachgebiet sieht, hat es noch nicht bemerkt“, kritisierte Jasper. Als skandalös stuft er die Kostenüberschreitung bei der Ausstellung „Die verborgene Spur“ ein. Der Zuschussbedarf habe sich durch dilettantisches Marketing mehr als

verdoppelt. Die „Metropöhlen“-Werbeaktion habe die Stadt viel Geld gekostet, sei von der Wirkung her aber ein Schuss in den Ofen gewesen. Bei der Einrichtung der Umweltzone sei nur eines sicher: Sie werde den städtischen Haushalt mit zunächst 120000 Euro belasten. Die Wirkung hingegen sei höchst umstritten. Völlig unverständlich sei zudem die Entscheidung der Stadt gewesen, die evangelische Kirche als Schulträger in Evers-

burg zu ignorieren. Nun habe die Stadt selbst einen Investitionsbedarf für das Schulzentrum von 15 Millionen Euro an der Backe.

Jasper setzte seine Liste der Fehlentwicklungen in der Stadt fort, die die CDU-Fraktion aufgrund der „vertrackten Mehrheitsverhältnisse“ nicht habe verhindern können. Er sehe nur einen Ausweg: „Wir müssen bei der Kommunalwahl 2011 wieder für anständige Mehrheitsverhältnisse sorgen“, erklärte er unter dem Beifall der 122 anwesenden Parteimitglieder.

Der frischgebackene Bundestagsabgeordnete Mathias Middelberg referierte „Perspektiven mit der neuen CDU/FDP-Koalition“ in Berlin, stand dabei aber auch in stetem Handy-Kontakt mit Hannover und Wolfsburg. Er teilte die Botschaft von VW-Aufsichtsrat Christian Wulff mit, dass Osnabrück zuversichtlich sein dürfe, dass der Einstieg von VW bei Karmann beschlossen werde. Er sollte recht behalten.

CDU ehrt ihre Jubilare

Der Parteitag des CDU-Kreisverbandes Osnabrück-Stadt sprach am Donnerstag langjährigen Mitgliedern seinen Dank aus und überreichte Ehrenurkunden für 25 Jahre

Mitgliedschaft an Christine Bergmann und Dr. Hubert Mertens; für 40 Jahre Mitgliedschaft an Hans-Joachim Kerber, Hans Niemöller und Dr. Gerhard Teschke;

für 50 Jahre Mitgliedschaft an Heinz Elbengerd, Günter Knüppe, Herbert Knüppe, Hubert Korte, Jürgen Künsemüller, Karl-Heinz Schmidt und Christel Zollenkopf.